



Niederschrift über die 28. Sitzung des Kreistages am 05. Juni 2008, 17.00 Uhr, in Plön, Kreishaus, Kreistagssitzungssaal

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete Arp, Hans-Hugo, Arp, Johanna, Benecke, Biemann, Bredereck-Mallas, Busch-Laurinck, Bussenius, Dreßler, Ehmke, Dr. Ellendt, Dr. Freundt-Malecha, Gehrke, Grotzki, Prof. Dr. Haensel, Hansen, Bettina, Hansen, Thomas, Hartke, Heller, Hilker, Hohnheit, Dr. Jahn, Janz, Jessen, Kähler, Kalinka, Killig, König, Korbmacher, Kort-to-Krax, Leyk, Maroses, Michaelsen, Dr. Niedermeier-Lange, Ohl, Plambeck, Rusch, Schlüsen ab TOP 8, Schreiber, Schwalbe, Sönnichsen, Tams, Thielscher, Dr. Thies, Wohlgethan.

Es fehlten entschuldigt die Kreistagsabgeordneten Boll, Dirschauer, Dittkuhn, Ehlert, Schulz-Giese, Selchow, Vexer und Wohlgethan. Darüber hinaus fehlte der KTA Hagen.

01. Eröffnung und Begrüßung

Kreispräsident Kalinka eröffnet um 17.05 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er begrüßt die anwesenden Gäste Mitarbeiter der Verwaltung und im Besonderen Frau Dr. Wiegner als neue Fachbereichsleiterin 1.

Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß mit Ladung vom 22.05.2008 einberufen worden ist. Bei der Eröffnung des Kreistages sind von den 53 Kreistagsabgeordneten 43 anwesend, ab TOP 8 44 KTA. Der Kreistag ist beschlussfähig.

Zum Protokollführer wird Amtmann Leja bestellt.

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt. Nach Abstimmung zwischen den Fraktionen werden die TOP 04, 05 und 13 ohne Aussprache behandelt. Die vorgelegte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen:

02. Einwohnerfragestunde

03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 17.04.2008

in nichtöffentlicher Sitzung:

04. Grundstücküberlassungsvertrag Kreis Plön/Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH, hier: Übernahme einer vertraglichen Verpflichtung gegenüber der Lebenshilfe gGmbH als Pächterin

in öffentlicher Sitzung:

05. Berufung von Prüfern für das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

06. Gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Landeshauptstadt Kiel und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde

07. Kinderarmut



08. 1. Nachtragshaushaltssatzung Kreis Plön für das Jahr 2008

09. Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für den Aus-/Neubau von Radwegen an Kreisstraßen

10. Schulentwicklungsplanung

11. Zukünftige Schulform der Schulen im Hoffmann-von-Fallersleben-Schulzentrum Lütjenburg

12. Antrag der UWG-Fraktion:

Verbesserung der finanziellen Situation der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön
gemeinnützige GmbH-Betriebsteil Preetz

13 Haushaltsvollzug 2007; hier: Über- und außerplanmäßige Ausgaben Teil II und Gesamtdarstellung

14. Bericht des Frauenpolitischen Beirates

15 Mitteilungen und Anfragen

02. Einwohnerfragestunde

Es erfolgt keine Wortmeldung.

03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 17.04.2008

Die Niederschrift wird in Kürze an die KTA übersandt. In der nächsten Kreistagssitzung wäre dann darüber abzustimmen.

in nichtöffentlicher Sitzung:

04. Grundstücküberlassungsvertrag Kreis Plön/Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH, hier: Übernahme einer vertraglichen Verpflichtung gegenüber der Lebenshilfe gGmbH als Pächterin

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreis Plön stellt die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH von allen Ansprüchen der Lebenshilfe Kreis Plön gGmbH aus Anlass der Beendigung des Pachtvertrages frei, soweit sich diese auf den vertraglich vereinbarten Wertausgleich für An-, Aus- oder Umbauten beziehen.

in öffentlicher Sitzung:

Kreispräsident Kalinka gibt bekannt, dass der Kreistag die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH von allen Ansprüchen der Lebenshilfe Kreis Plön gGmbH aus Anlass der Beendigung des Pachtvertrages freistellt, soweit sich diese auf den vertraglich vereinbarten Wertausgleich für An-, Aus- oder Umbauten beziehen.

05. Berufung von Prüfern für das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag bestellt gem. § 57 KrO in Verbindung mit § 115 Abs. 2 GO und § 3 Abs. 1 Satz 2 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Zusammenarbeit im Rahmen der Rechnungs- und Gemeindeprüfung ab dem 01. August 2008 die folgenden abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises Ostholstein zu Prüfern/Prüferinnen:

Amtsrat	Andreas Timm
Kreisamtfrau	Anja Rosenbaum
Kreisamtmann	Ludger Fronczek



Kreisamtmann Arne Kaak
Kreisamtmann Klaus-Peter Scheffler
Kreisoberinspektor Dirk Neumann
Dipl. Ing. Kreisoberinspektor Thomas Niesse

Stimmenverhältnis: einstimmig

06.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 13 der Kreistagssitzung am 17.04.2008 „Gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Landeshauptstadt Kiel und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde“

06.2 Gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Landeshauptstadt Kiel und dem Kreis Rendsburg-Eckernförde

KTA Sönnichsen erklärt, dass dieses Thema die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses seit mehr als einem Jahr verfolgt. Er fasst zusammen, dass mit dieser Gesellschaft sichergestellt werden soll, dass für eine zukünftige gemeinsame notwendige Wahrnehmung des Zukunftsprogramms Wirtschaft eine regionale Geschäftsstelle eingerichtet wird. Darüber hinaus hätten die Partner Kiel und Rendsburg-Eckernförde, die einer anderen INTEREG-Region angehören, dieses Programm auch über die neu einzurichtende Geschäftsstelle laufen zu lassen. In vielen Gesprächen auf den unterschiedlichsten Ebenen sei ein Weg gefunden worden, eine gemeinsame Vermarktung über diese Gesellschaft auf den Weg zu schieben. Es wäre jetzt notwendig, eine regionale Geschäftsstelle einzurichten und zu besetzen. Hierdurch wäre auch eine Forderung der Verwaltungsstrukturreform erfüllt, in Kooperationsräumen zu denken. Der Kreistag in Rendsburg und die Stadtversammlung in Kiel haben zwischenzeitlich beschlossen, dass die jeweils eigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaften Gesellschafter werden. Auch der Kreis Plön sollte so verfahren und Sorge tragen, dass das GTZ in Raisdorf die Gesellschafterrechte für den Kreis Plön erhält. Insgesamt wäre dann sichergestellt, dass der Kreis Plön zusammen mit seinen Partnern künftig an den Förderprogrammen des Landes, die aus Mitteln der EU gespeist werden, partizipiert. Auch die Stadt Neumünster ist eingeladen, beizutreten; leider sind im dem letzten dreiviertel Jahr von dort keine Reaktionen erfolgt. Abschließend empfiehlt KTA Sönnichsen, der Empfehlung des HA mit der Abweichung zu folgen, dass die Gesellschafterrechte auf das GTZ in Raisdorf übertragen werden.

KTA Busch-Laurinck stimmt den Ausführungen des KTA Sönnichsen dahingehend zu, als dass auch seitens der SPD-Fraktion der Vorschlag einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft für prinzipiell begrüßenswert gehalten wird, dass jedoch auf Grund der Komplexität der Materie schnelle Entscheidungen kontraproduktiv, wenn nicht sogar schädlich für die Sache seien. So wurde der im vergangenen Herbst vorgelegte erste Entwurf des Gesellschaftsvertrages fraktionsübergreifend für indiskutabel abgetan, weil zu einseitig Kieler Interessen hervorstachen. Auch die damals vorgesehene Plöner Beteiligung an der Finanzierung der Gesellschaft (Stammkapital von 500.000 € und einem Plöner Anteil von 100.000 €) ist nicht vertretbar. Letztlich wird auch die vorgesehene Zahl an Gesellschaftern und Aufsichtsratsmitgliedern als zu schwerfällig abgelehnt. Mit dem jetzt vorgelegten Entwurf v. 28.3.2008 und den vom Wirtschaftsausschuss beschlossenen Ergänzungen kann sich die SPD-Fraktion im Prinzip anfreunden, dennoch sollte eine solche einschneidende Entscheidung überdacht werden.

KTA Hilker hält den Gesellschaftervertrag für eine vernünftige Grundlage und für einen Schritt in die richtige Richtung, wenn er auch letztlich hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Mit weiteren Kooperationen können zusätzliche Synergien geschaffen werden. Die weitere Devise hierzu müsse heißen: „Mehr, als weiter so!“ Der Kreis müsse seinen Gestaltungsauftrag erst nehmen für: kommunalen Klimaschutz und aktive Forschung, Energiesparung dürfe nicht als symbolisches Zeichen gesehen werden, sondern müsse auch an die großen Verbraucher, wie Verkehr und Wohnen gerichtet sein.



KTA Th. Hansen fordert, die KERN-Nachfolge jetzt in Gang zu setzen. Zurzeit wäre man in einer Interims-Lösung, es wäre Eile geboten und er sehe keinen stichhaltigen Grund, warum der Vertrag nicht jetzt auf den Weg gebracht wird. Dem vorliegenden Gesellschaftsvertrag sollte zugestimmt werden. Die zurzeit zwischen den Kreisen bestehenden Animositäten müssten jetzt zurücktreten, da letztlich alle unter dem Strich hiervon profitieren würden.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

zu 6.1

Der Kreistag beschließt, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2008 auf Ergänzung des Entwurfes vom 28.03.2008 unter § 2, Gegenstand, Ziele und Maßnahmen, Absatz 2 um:

„Unterstützung des kommunalen Klimaschutzes durch Beratung und Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich Energieeinsparung, energetische Gebäudesanierung und regenerative Energien. Die Gesellschaft soll den aktuellen Stand von Forschung und Technologie in diesem Bereich vermitteln, Firmen und VerbraucherInnen vorhandene Fördermöglichkeiten aufzeigen und durch Marketing die Energiewende in der Region zu beschleunigen.“ zu erweitern.

Stimmenverhältnis: 5 ja.-Stimmen
25 nein-Stimmen
13 Enthaltungen

zu 6.2

„Dem Beschlussvorschlag des Hauptausschusses vom 15.04.2008 wird mit der Erweiterung zugestimmt, dass der in § 10 geregelte Beirat um eines oder mehrere kommunale Mitglieder aus dem Kreis Plön ergänzt wird“. wird zugestimmt.

Stimmenverhältnis: 26 ja-Stimmen

17 Enthaltungen

07. Bekämpfung der Kinderarmut

KTA Michaelsen verweist auf den Beschluss des Kreistages vom 06.12.2007, 20.000 € für den Haushalt 2008 für Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut bereitzustellen und stellt heraus, dass flächendeckend Beratungs- und Betreuungsangebote geschaffen werden. Das Bündnis für Familie habe sich gerade mit dem Thema befasst, auch sei die Aktualität greifbar. Wichtige Bausteine, um das Problem anzugehen, sind eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Betreuung von Kindern in Schulen, der Bau von Mensen und die Tafeln sind eine Hilfe. Die Anzahl der Tafeln, so KTA Michaelsen, steigt stetig. Die zur Verfügung stehenden Mitteln sollen wie folgt verwendet werden:

- je 1.000 € an die einzelnen Ausgabestellen der Tafeln. insgesamt 6.000 €
- 9.000 € für den Kinderförderfonds des Kreises
- 5.000 € für den Verein für Jugendhilfe

KTA Jessen erläutert, dass es richtig sei, das Geld so aufzuteilen, wie im Fachausschuss beraten und zeigt den Weg auf, wie es zur Entscheidung gekommen ist. Sie bedauert, dass es nicht möglich war, der Elternschule Geld zu geben und die sozialpädagogische Betreuung an den Schulen zu unterstützen. Immer würde gesagt, dass abgewartet werden solle. Das "in Ruhe abwarten" sei nicht richtig, wenn um



Kinder gesprochen würde. KTA Jessen übt Kritik an der Sichtweise des Kreisjugendamtes und hofft, dass in dem neu gewählten Kreistag diese Ideen weiter verfolgt werden.

KTA Hohnheit ruft in das Bewusstsein, dass im Kreis Plön 2.700 Kinder in Familien mit SGB II Leistungsbezug leben. Nach dem Regelsatz pro Kind in Höhe 208 € werden 76,80 € hierbei für Essen und Trinken ausgewiesen. Danach stehen für ein Mittagessen 1 € und für ein Frühstück 75 Cent zur Verfügung. Sie stellt fest, dass dies nicht ausreichen würde. Der Bedarf an Unterstützung wird im schulischen Bereich für die Kosten der angebotenen Mittagessenszeiten und für Schulmaterialien gesehen. Wenn auch die SPD-Fraktion sich mit ihrem Ansatz nicht durchsetzen können, wird dennoch der Beschlussvorschlag mitgetragen. Neben anderen Maßnahmen wird vom Bundesgesetzgeber ein kindgerechter Regelsatz gefordert. Lehrer und Eltern müssen nun auf die Fördermöglichkeiten von Kinderförderfonds und Verein für Jugendhilfe hingewiesen werden. Kinder, so KTA Hohnheit haben einen Anspruch auf Förderung und Unterstützung durch eine demokratische und solidarische Gesellschaft.

KTA Bredereck-Mallas stellt heraus, dass die zur Verteilung heranstehenden 20.000 € keine nachhaltige Lösung des Problems bieten. Die Kapazitäten des Kreises würden nicht ausreichen, es würden intelligente Lösungen auf Landes- und Bundesebene benötigt. Sie sieht einen Ansatz im Bildungsbereich mit der flächendeckenden Einführung von Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen und bedauert, dass die Entscheidungen in der Sache bislang unter einem erheblichen Mangel an Sachkenntnis getroffen wurden und bedauert insbesondere den langwierigen Verlauf.

KTA B. Hansen zieht den Antrag der FWG-Fraktion zurück und sieht den vorliegenden Antrag als einen ersten Schritt und erklärt, dass sich ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag anschließen würde.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss**:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Fassung der Empfehlung von Jugendhilfeausschuss am 7.4.08 und Hauptausschuss am 15.04.08

" Der zur Bekämpfung der Kinderarmut bei der HHSt. 482/69340 verfügbare Betrag von 20.000 Euro wird wie folgt verwendet:

- a) je 1.000 € für die einzelnen Ausgabestellen der Tafeln = 6.000 €
 - b) 9.000 € für den 'Kinderförderfond im Kreis Plön'
 - c) 5.000 € für den 'Verein für Jugendhilfe' "
- wird stattgegeben.

Stimmenverhältnis: einstimmig

08. 1. Nachtragshaushaltssatzung Kreis Plön für das Jahr 2008

Landrat Dr. Gebel bezieht sich auf die Vorlage 29/08 vom 19. März 08, in der die Verwaltung vorschlägt, einen Nachtrag zum Haushaltsplan 2008 zu beschließen. Diesem Vorschlag ist der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 15. April mit wenigen Änderungen gefolgt. Als Grund hierfür führt er den Haushaltsgenehmigungserlaß des Innenministerium auf, in dem als Auflage die Kredite im Vermögenshaushalt um 1 Mio € zu kürzen sind. Zu fragen sei nun, warum nicht der neue Kreistag diese haushaltspolitischen Entscheidungen treffen sollte. Diese Entscheidung sollte von dem jetzigen Kreistag getroffen werden, weil sich der neue Kreistag realistischerweise wegen der vorgegebenen Arbeitsabläufe erst im Herbst mit der Verabschiedung eines neuen Nachtrags auseinandersetzen würde. Eine solche Verabschiedung würde wenig Sinn machen, weil parallel hierzu der neue Kreistag schon in der Beratungsphase des neuen Haushalts wäre. Die Gründe für den Nachtrag mit der Vorlage 29/08 bestehen nach wie vor, wobei der bessere Abschluss des Haushalts 2007 hierauf keinen Einfluss habe, da sich



dieser bessere Abschluss auf den Verwaltungs- und nicht auf den Vermögenshaushalt beziehen würde. Landrat Dr. Gebel informiert über eine Sachverhaltsänderung seit dem letzten Hauptausschuss-Beschluss: Mit Schreiben vom 3.6.08 des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr wird der Bauabschnitt Radwegbau an der K 35 (Hohwacht - Behrens Dorf) 300.000 € teurer werden. Weiterhin bittet er, einen Mehrbedarf für die Blumenburg in Höhe 184.000 € für das Jahr 2008, für die ARGE in Höhe 320.000 € und 5.000 € für die offene Ganztagschule in den Nachtrag aufzunehmen, damit der Kreis seinen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen kann.

KTA Leyk erläutert, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 20. Mai die Beschlussempfehlung für den heutigen Kreistag beschlossen hat. Er bestätigt die gemachten Ausführungen des Landrats und hält als „Lichtblick fest, dass das strukturelle Defizit abgesehen vom Fehlbetrag 2005, sich um etwa 2,9 Mio € auf 1,548 Mio € verbessert hat. Gründe hierfür sind die positiven Entwicklungen im Bereich der Sozialhilfe. Die Gesamtschulden des Kreises in Höhe 44,3 € haben sich um 1,2 Mio € verringert. Die in der Hauptausschusssitzung am 20. Mai 2008 beschlossenen Maßnahmen machen insgesamt 600.000 € aus. So wurden von den 35 vorgeschlagenen Maßnahmen 32 nach langer Diskussion wenige Tage vor der Kommunalwahl einstimmig beschlossen. Er empfiehlt, den vom Hauptausschuss getroffenen Beschluss so umzusetzen.

KTA Dr. Jahn drückt seinen Respekt aus, dass im Hauptausschuss diese unpopulären Entscheidungen und vor der Kommunalwahl getroffen wurden. Die FWG-Fraktion wird in Konsequenz jedoch auch diesem Nachtrag nicht zustimmen.

KTA Grotzki würdigt den hier vorliegenden Hauptausschuss-Beschluss zum Nachtrag, in dem die Vorschläge der Verwaltung übernommen worden sind und dankt der Verwaltung, der es gelungen ist, einen so guten Jahresabschluss 2007 hinzubekommen. Die aktuellen guten Zahlen sollen nicht darüber hinweg täuschen, dass der Entscheidungsspielraum nach wie vor katastrophal ist. Damit wird dem neuen Kreistag kein gutes Erbe hinterlassen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sich bei der Abstimmung über den Nachtragshaushalt der Stimme enthalten.

Der Kreistag des Kreises Plön beschließt die vorgelegte 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Plön für das Jahr 2008 mit folgenden Änderungen:

Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt wird eine zusätzliche Haushaltsstelle 290.678 eingerichtet, aus der die von den Eltern bereits gezahlten Beträge zur Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten erstattet werden.

Haushaltsansatz 190.000 Euro

Vermögenshaushalt

Zur Liste "Vorschläge für die Umsetzung der Kreditkürzung" werden folgende Änderungen beschlossen:

lfd. Nr. 20 HHSt. 2301.950 Sanierung Heizung Heikendorf (Pelletheizung)

- Dem Streichungsvorschlag wird nicht gefolgt.

lfd. Nr. 30 HHSt. 6519.960 Ausbau K 19, Preetz

- Der Haushaltsansatz von 450.000 Euro wird zur VE im Jahre 2009, dafür wird aus der bestehenden VE i.H.v. 1,3 Mio Euro ein Betrag von 550.000 Euro gestrichen, so dass die VE neu 1,2 Mio. Euro beträgt.

lfd. Nr. 31 HHSt. 6535.960 Radweg K 35, Behrens Dorf

- Den Streichungsvorschlägen zum Haushaltsansatz sowie zur VE (s. Sitzungsvorlage Nr. 29/08, Seite 1, letzter Absatz) wird nicht gefolgt.

Auf Antrag der Verwaltung werden die folgenden zusätzlichen Ausgabeermächtigungen im Verwaltungshaushalt des Nachtrages aufgenommen:



1. HHSt. 232/658 - Betriebskosten für die offene Ganztagschule in Preetz in Höhe 5.000 € (siehe auch Vorlage Nr. 32/08)
2. HHSt. 405/678 Verwaltungskosten ARGE Plön von 320.000 € (s. auch Vorlage 67/07)
3. HHSt. 790/7154 Verlustausgleich Betreibergesellschaft Blumenburg VP 184.100 €

In Einzelabstimmung fasst der Kreistag folgenden **Beschluss**:

"Für die Deckung von Mehraufwand bei der Durchführung des 2. Bauabschnitt des Radwegebaus an der K 35 werden auf dem Wege der Verpflichtungsermächtigung zusätzlich 300.000 € bereitgestellt."

**Stimmenverhältnis: 33 ja-Stimmen
10 Enthaltungen**

Gesamtabstimmung des Kreistages über die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan:

**Stimmenverhältnis: 37 ja-Stimmen
1 nein-Stimme
5 Enthaltungen**

09. Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für den Aus-/Neubau von Radwegen an Kreisstraßen

KTA Leyk stellt fest, dass der Kreis Plön seit Jahren den Radwegebau fördert und stellt als wichtige Gründe hierfür die Tourismusförderung, das Schließen von Verkehrslücken und die Schulwegsicherung fest. Wie in der Vergangenheit, ist hierfür von der Verwaltung eine sorgfältige Prioritätenliste erstellt worden. Diese Prioritätenliste ist dann auch so vom Kreistag beschlossen worden. Der Kreistag hat einer Erhöhung der Kreisumlage zuletzt nicht zugestimmt, dabei jedoch festgestellt, dass trotz der Haushaltsdaten keine Erhöhung der Umlage mit der Maßgabe beschlossen wurde, in Zukunft zu Kürzungen und Streichungen durchführen zu müssen und auch Förderungen nicht so umsetzen zu können. Nach sorgfältiger Vorbereitung der Verwaltung war der Beschluss des Hauptausschusses nur folgerichtig, einige Maßnahmen (hier: 1 – 5) auch aus Gründen der Planungssicherheit der Gemeinden so zu fördern, wie bislang. Ein künftiger Um-, Aus- oder Neubau von Radwegen an Kreisstrassen wird jedoch davon abhängig gemacht, dass die betroffenen Gemeinden zu 50 % die Entwurfs- und Bauleitungskosten sowie den Eigenanteil des Kreises (nicht geförderte Grunderwerbs- und Baukosten) zu finanzieren haben. Hierfür bittet er um Zustimmung.

KTA Ehmke stellt voran, dass er heute seine letzte Rede im Plöner Kreistag halte, da er dem neuen Kreistag nicht mehr angehören werde. Er sieht als Begründung für die Vorlage nur finanzielle Argumente. Der Kreis ist nach Vorgaben des Innenministeriums verpflichtet, seine Einnahmen auszuschöpfen und die Gemeinden an dem Bau von Radwegen an Kreisstrassen zu beteiligen. Er macht deutlich, dass es sich hierbei nicht um Gemeinde-Radwege, sondern um Kreis-Radwege handeln würde. Die SPD-Fraktion spricht sich gegen eine Beteiligung der Gemeinden aus. Die Gemeinden wären in einer genauso schlechten Finanzlage wie der Kreis und genau wie der Kreis Plön durch den Innenminister angeschrieben wird, werden auch die Gemeinden regelmäßig durch die Kommunalaufsicht beim Kreis angeschrieben und aufgefordert, die Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen und die freiwilligen Leistungen zu überprüfen. Solche freiwilligen Leistungen, so KTA Ehmke, wären auch die hier in Rede stehenden Beteiligungen der Gemeinden am Radwegebau. Er weist daraufhin, dass durch die letzte Anhebung der Kreisumlage um 2 Punkte wegen der Sozialgesetzgebung



der Kreis ca. 1,4 Mio € zusätzlich erhalten habe; benötigt wurden damals jedoch nur 200.000 €. Nach Absprache haben die Gemeinden auf eine Zurückzahlung verzichtet, somit verblieb dieses Geld als zusätzliche Einnahme beim Kreis. Er fordert, dass der Kreis die Gemeinden nicht noch mehr abschöpfe. Der Radwegebau an Kreisstrassen ist eine originäre, wenn auch freiwillige Aufgabe des Kreises. Kleine Gemeinden im Kreis könnten den Eigenanteil nicht leisten. Schon jetzt sind die Gemeinden beteiligt, wenn es um die Finanzierung der Oberflächenentwässerung an den Radwegen in den Ortslagen geht.

KTA Dressler begrüßt für seine Fraktion den Vorschlag der Verwaltung, die Gemeinden künftig zu beteiligen und verweist auf die in der Vergangenheit in den Gemeinden durchgeführten Radwegebauten. Folgerichtig sind die Gemeinden zu beteiligen, auch um sie in die Haushaltsdisziplin des Kreises einzubinden ohne in ihre Haushaltshoheit einzugreifen. Diese Forderung ist wegen der Haushaltskonsolidierung des Kreises notwendig, folgerichtig und sinnvoll. Er appelliert an eine Priorisierung des Radwegebaus in Gemeinden mit anderen gemeindlichen Maßnahmen, an regionale Zusammenarbeit und an Kosteneinsparung an anderer Stelle. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die Verwaltungsvorlage unterstützen.

KTA Th. Hansen bemerkt, dass die diskutierte Vorlage der Verwaltung auf Anregung der Selbstverwaltung entstanden ist. Die Finanzlage in den Gemeinden ist sehr unterschiedlich, so dass einige Gemeinden wegen der großen Rücklage auf eine Kreisunterstützung für touristische Maßnahmen gar nicht angewiesen sind. Der geforderte Beschluss ist weit in die Zukunft gerichtet, da Maßnahmen der Prioritätenliste (Radwege an der K 35, K 49 , K 19, K 27 und K 6) von der Neuregelung ausgenommen sind. Erst, wenn diese Maßnahmen abgearbeitet sind, würden die Gemeinden gebeten, sich zu beteiligen. Diese Regelung findet er sehr maßvoll und macht deutlich, dass die gemeindliche Beteiligung durchaus leistbar ist, insbesondere bei den Gemeinden, die besonders vom Tourismus profitieren und hieraus auch Einnahmen generieren. Die zukünftige Regelung wäre sinnvoll und maßvoll.

Landrat Dr. Gebel meldet sich zu Wort wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Finanzbeziehungen zwischen dem Kreis und den Gemeinden. Zu Beginn widerspricht er den Ausführungen des KTA Ehmke, der seine Ausführungen in erster Linie als Vertreter der Gemeinden und nicht als Kreistagsabgeordneter gemacht habe. Er macht, wie sein Vorredner deutlich, dass die finanzielle Situation der Gemeinden sehr unterschiedlich ist. Einige Gemeinden verfügten stolz über ein großes Sparpolster in der Rücklage. Anders sieht es jedoch bei Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion aus. Die Finanzlage im Kreis ist schlecht, der Kreistag hat darauf zu achten, dass der Kreis die notwendigen Aufgaben erfüllen kann. Im Radwegebau hat der Kreis Plön in der Vergangenheit ein bisschen zuviel getan und ungeheuer viel investiert. Auf Grund der finanziellen Situation gibt es drei Ansätze: Erhöhung der Kreisumlage, wesentlichen Strecken des Programms oder Beteiligung der Gemeinden, deren Bürger direkt begünstigt sind.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss**:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung:

"Der Neubau, Um- und Ausbau von Geh- und Radwegen an Kreisstraßen wird künftig davon abhängig gemacht, dass die betroffenen Gemeinden die Entwurfs- und Bauleitungskosten sowie den Eigenanteil des Kreises (nicht geförderte Grunderwerbs- und Baukosten) zu 50 % finanzieren.

Von dieser Regelung sind folgende Maßnahmen ausgenommen:

1. K 35 Seekamp-Hohwacht
2. K 49 Bredenbek-Stadtbek
3. K 19 Preetz, Kührener Str. 60-136
4. K 27 B 202 - Blekendorf



5. K 6 L 67 - Schipphorst"
wird zugestimmt.

**Stimmenverhältnis: 29 ja-Stimmen
13 nein-Stimmen**

Unterbrechung der Sitzung von 18.45 - 19.18 Uhr

10. Schulentwicklungsplanung

KTA Rusch stellt voran, dass das neue Schulgesetz der Schulentwicklungsplanung (SEP) vor dem Hintergrund der freien Schulwahl einen erheblichen Stellenwert beimisst. Aufgabe der örtlichen Schulträger ist es SEP aufzustellen, fortzuschreiben und sich an der SEP des Kreises zu beteiligen. Aufgabe des Kreises ist es nach dem Gesetz, zur Sicherung eines gleichmäßigen, wohnortnahen und alle Schularten umfassenden Angebots, eine SEP aufzustellen und fortzuschreiben. Ein erster Entwurf des Planes für den Kreis hat dem Ausschuss für Schule und Kultur vorgelegen und ist nun im weiteren abzustimmen. Ziel ist es, den endgültigen Plan Ende dieses Jahres zu verabschieden. Ein solcher Plan kann dann Grundlage der elterlichen Planung für das Schuljahr 2009/2010 sein. Der Ausschuss für Schule und Kultur hat beschlossen, die div. Vorschläge und Anträge im weiteren Verlauf des Verfahrens zu beraten. Einstimmig ist beschlossen worden, dem vorliegenden Entwurf zur SEP zuzustimmen, wobei die Verwaltung gebeten wird, die gesetzl. vorgeschriebenen Beteiligungen durchzuführen und zum Jahresende einen SEP vorzulegen. Trotz der vorliegenden Änderungsanträge bittet sie den Kreistag um Zustimmung des Ausschussbeschlusses.

KTA Schlüsen begrüßt, dass der SEP nunmehr vorliegt und macht den Vorteil deutlich, dass der Entwurf des SEP wohl auf den Weg gebracht wurde, jedoch wieder zurückkommt. Aus der Anhörung heraus kommende Änderungen könnten dann noch entgegengenommen werden. Das neue Schulgesetz ist nicht ganz einfach, insbesondere und entscheidender Punkt ist, dass die Eltern künftig einen massiven Entscheidungswillen durchsetzen können, an welche Schule ihre Kinder gehen. Fraktionsübergreifend wird für den Bereich der Probstei einvernehmlich der Wunsch vertreten, dass in Schönberg, wenn es denn die Richtlinien zulassen, eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet wird. Hierdurch würden sehr wohl die Schülerzahlen ausreichen, auch wäre der Bestand der Gymnasien nicht gefährdet. Es gehe nicht darum den Erhalt der Gymnasien in Lütjenburg und Heikendorf in den Vordergrund zu stellen, sondern regional ein Gesamtangebot zu machen. Mit einer gymnasialen Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Schönberg wird im Gegensatz zu den Gymnasien, die einen Abschluss nach 12 Schuljahren vorsehen, der Abschluss nach 13 Jahren möglich gemacht. Ein solches Angebot würde sonst nicht gemacht. Er bittet abschließend der Mehrheitsfraktion, diesem Anliegen zuzustimmen.

KTA Bredereck-Mallas bedankt sich bei der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage. Im vorliegenden Entwurf ist der Ist-Zustand dargestellt, aufgelistet sind die Planungsansätze der Schulträger für ihre Schulen, soweit vorhanden und in einer kreisweiten Koordination bewertet. Ziel ist es für den Kreis, bis Ende 2008 einen endgültigen Plan vorzulegen. Im vorletzten Kreistag wurde beschlossen, dass der Kreis entgegen des Schulgesetzes Schulträger der Gymnasien bleibt. Hier ist der Kreis in einer Doppelrolle und es drängt sich die Frage auf, ob der Kreis Plön in Schönberg eine gymnasiale Oberstufe verhindern will, um seine Gymnasien in Lütjenburg und Heikendorf zu schützen. Ziel ihrer Fraktion sei es, eine Schule für alle zu schaffen, hierbei jedoch auf Grund des demographischen Wandels keine teuren Überkapazitäten und Doppelstrukturen aufzubauen. Es wird daher der Änderungsantrag zu den Schulempfehlungen der Schule in Schönberg gestellt: "Der Kreis Plön unterstützt den Schulverband bei der Planung zur Errichtung einer gymnasialen Oberstufe im Rahmen einer Gemeinschaftsschule, sofern die vorhandenen Schülerzahlen die Einrichtung ermöglichen." Die Gemeinschaftsschule wird erst ab



2009 von unten wachsen; eine konkrete Frage nach einer Oberstufe wird sich danach in ca. 4 Jahren stellen. Dann würde es immer noch die Möglichkeit eines begründeten "Nein" geben. Solange sollte jedoch die Tür offen gehalten werden. Abschließend wird um Zustimmung zu dem Antrag gebeten.

KTA Dr. Thies erklärt, dass Thema heute der Entwurf des SEP wäre und nicht die Fragen zur Diskussion stehen, welche der Schularten Regional- oder Gemeinschaftsschule bzw. die neue Ordnung der Trägerschaft der Gymnasien. Er macht nochmals den Weg dieses Entwurfes deutlich. An den jetzigen Standorten der Gymnasien wird kaum eine Gemeinschaftsschule entstehen. Er appelliert an das Plenum, die Probleme zu trennen und sich auf das Thema zu konzentrieren.

KTA Arp dankt gleichfalls der Verwaltung für die geleistete Arbeit und schließt sich inhaltlich den Ausführungen des Vorredners an. Sie erklärt, dass für sie eine gymnasiale Oberstufe nicht in Frage komme.

Landrat Dr. Gebel stellt fest, dass es um einen SEP und nicht um Schulpolitik geht. Zu urteilen, ob die Schulreform sinnvoll ist, ist nicht Aufgabe des Kreistages. Der Kreistag hat sich mit den administrativen Folgen des legislatorischen Vorgehens zu beschäftigen (was muss z. Bsp. an Mitteln für Schulraumbauten zur Verfügung gestellt werden). Dr. Gebel bezieht sich auf die Ausführungen von KTA Bredereck-Mallas zu der terminlichen Planung und ergänzt, dass erst in 5 Jahren und dann ganz andere Kreistagsabgeordnete mit dieser Frage befasst sind. Erst dann ist die Sache zu bereden; eine Übereilung ist nicht erforderlich. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist aus Sicht der Verwaltung abzulehnen. Der demographische Wandel mit dem dramatischen Kinderrückgang ist aus administrativer Sicht wenig vernünftig. Wichtig für die Kinder ist ein qualitativ hochwertiges Angebot. Als Beispiel für die Folgen des demographischen Wandels führt er aus, dass in Lütjenburg früher ca. 1000 Schüler waren, jetzt sind es noch 657. Bei der Realisierung der Vorstellungen der SPD wären die Gymnasien in Lütjenburg und Heikendorf langfristig nicht vernünftig zu führen. Er rät dringend, den Antrag abzulehnen, um gleich zu Beginn jedwede Hoffnungen zu beseitigen und keine falsche Erwartungen zu erwecken. Zur Zeit gibt es gute Gymnasien mit einer anständigen Lehrerversorgung. Eine Erweiterung wäre organisatorisch nicht zu leisten.

KTA Schlüsen bemerkt, dass es insbesondere dem Landrat nur um den Erhalt der kreiseigenen Gymnasien gehen würde. Den Schönbergern und den Probsteiern müsse die Option geöffnet werden. Die Eltern würden für eine Gemeinschaftsschule abstimmen, indem sie ihre Kinder dorthin schicken. Wenn die Zahlen es erlauben, würde durch die SPD-Fraktion die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe unterstützt.

KTA Dr. Ellendt stellt heraus, dass der Kreistag insbesondere durch die Führung der CDU-Fraktion hat in den vergangenen Jahren erheblich in die kreiseigenen Gymnasien investiert hat. Sie sind daher leistungsfähig und baulich auf dem neusten Stand. Sie haben eine Ausstattung, die man woanders, auch im Bereich der Stadt Kiel, nicht findet. Sie sind daher wettbewerbsfähig und in der Lage, das qualitative Angebot zu bringen und die Schüler fit zu machen. Der Kreis hat in die Zukunft investiert und es ist wichtig, dass keine weitere gymnasiale Oberstufe entsteht, die, und das stehe schon jetzt fest, nicht die Qualität bringen würde. Den Schönbergern eine Option auf eine gymnasiale Oberstufe zu geben, ist fahrlässig.

KTA Leyk erklärt für den Hauptausschuss, dass die kreiseigenen Schulen zu betonen sind. Der Bestand der Gymnasien in Heikendorf und Lütjenburg gilt es zu sichern und es wäre eine Kreisaufgabe, sie zu erhalten. So hätte der Hauptausschuss dem Schulentwicklungsplan mit einer Ergänzung zugestimmt, den Einzugsbereich der Schule in Selent auf die Gemeinde Fargau-Pratjau auszudehnen, um den Bestand der Schulen zu sichern. Der Hauptausschuss empfiehlt, dem vorliegenden Entwurf zuzustimmen.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss**:



Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung

"Dem Entwurf zur Schulentwicklungsplanung des Kreises Plön wird in der Fassung der Empfehlung des Hauptausschusses (In dem Entwurf Schulentwicklungsplanung des Kreises Plön - Stand März 2008 erhält der letzte Absatz auf Seite 20 folgenden Wortlaut: Es wird empfohlen, den Einzugsbereich aus die gesamte Gemeinde Fargau-Pratjau auszudehnen, um den Bestand der Schule zu sichern.) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird gebeten, die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungen durchzuführen und zum Jahresende einen abschließenden Schulentwicklungsplan vorzulegen" wird zugestimmt.

**Stimmenverhältnis: 25 ja-Stimmen
1 nein-Stimme
18 Enthaltungen**

11. Zukünftige Schulform der Schulen im Hoffmann-von-Fallersleben-Schulzentrum Lütjenburg

KTA Leyk erklärt, dass sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 15.04. diesem Thema ausführlich gewidmet hat. Grundlage ist die Verwaltungsvorlage vom März, nach deren Beschlussvorschlag eine Entscheidung vor der Sommerpause gefasst werden solle. Zwischenzeitlich habe auch am 20.05. die Schulkonferenz der Realschule getagt und dem Schulträger mit einem sehr eindeutigen Votum die Einrichtung einer Regionalschule empfohlen. An der Hauptschule ergab eine Umfrage bei den Eltern mit 43 zu 34% der Wunsch zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule, während die Lehrerkonferenz sich mehrheitlich für eine Regionalschule ausgesprochen hat.

KTA Schlünsen spricht von einem Skandal, wenn eine Woche nach der Kommunalwahl eine alte Mehrheit so eben mal eine Regionalschule mit obskuren Argumenten durchdrücken wolle. Die Beschlüsse der Schulkonferenzen sind ihm nicht bekannt und es ist ihm ganz klar, dass die Schulkonferenz der Hauptschule keinen Beschluss gefasst habe. Insofern ist dem Hauptausschuss-Beschluss nicht gefolgt worden und er frage sich, was die Angelegenheit jetzt schon auf der Tagesordnung des Kreistages zu suchen habe. Die Beschlussvorlage der Verwaltung ist tönern dargestellt und unvernünftig. So wurden nicht die Betroffenen befragt, sondern die Schüler und Eltern, die von einer Umwandlung gar nicht mehr betroffen sind. Dies wäre ein Fehler im Gesetz. Die SPD-Fraktion fordert, ein vernünftiges Verfahren in Gang zu bringen. Problem der CDU wäre, dass bei einer Befragung der Betroffenen ein falsches Bild herauskäme. Dieser Kreistag habe nicht mehr das Mandat zu dieser Entscheidung. Kreispräsident Kalinka missbilligt in diesem Zusammenhang das vom KTA Schlünsen benutzte Adjektiv "schäbig". KTA Schlünsen fordert das Plenum auf, heute keine Entscheidung zu treffen, sondern ein geordnetes Verfahren weiter zu betreiben.

Kreispräsident Kalinka weist die Besucher daraufhin, dass dieser Tagesordnungspunkt eigentlich in der Sitzung am 17. April hätte behandelt werden sollen, damals jedoch aus Zeitmangel nicht abgearbeitet werden konnte.

KTA Bredereck-Mallas führt aus, dass der Kreistag in einer zurückliegenden Sitzung beschlossen hat, Schulträger für das Schulzentrum in Lütjenburg zu bleiben. Deshalb ist es auch Aufgabe des Kreistages eine Entscheidung über die zukünftige Schulform zu treffen. Wille der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist es, eine Schule für alle zu fordern, deshalb könne man sich in Lütjenburg auch eine Gemeinschaftsschule vorstellen. Deshalb wird auch für Lütjenburg die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe beantragt. Schlüssel aller Aufspaltungen in der Gesellschaft liegt in den Bildungschancen und das mehrgliedrige Schulsystem verfestige diese Unterschiede. Es ist Überzeugung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass es richtig sei, dass die Kinder in ihrer ganzen Schulzeit in einer festen Gruppe verbringen, hiervon würden alle profitieren und



die Unterschiede würden geringer werden. Soziale Ausgrenzung würde so verhindert. Ein Vergleich mit anderen Ländern führen dort zu einer sehr viel höheren Gesamtqualifikation der Kinder. Dieses hätten die Eltern zwischenzeitlich erkannt, deshalb wünschen sie sich für ihre Kinder eine solche Schulform. Zwischenzeitlich spreche sich auch die Junge Union gegen eine Regionalschule aus. Im internationalen Vergleich ist das gegliederte Schulsystem ein Auslaufmodell; sinnvoll sei es, gleich eine Gemeinschaftsschule und keine Regionalschule einzurichten. Sie bittet, dem Antrag ihrer Fraktion zuzustimmen.

KTA Th. Hansen bemerkt, Lütjenburg sei anders als Preetz. So wäre es wohl in Preetz möglich, neben dem Gymnasium eine Gemeinschaftsschule einzurichten; in Lütjenburg sei dies nicht möglich. Die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen würden zu einer Zerschlagung eines bestehenden Gymnasiums in Lütjenburg führen. Regelschule wäre die Regional- und nicht die Gemeinschaftsschule. Gefordert würde jetzt eine Strukturentscheidung für den Standort, die nach dem Schulgesetz der Schulträger zu treffen habe. Dies könne nicht über Befragungen geregelt werden; die Kreistagsabgeordneten müssen "Farbe bekennen". Eine Schule für alle müsse zwingend nicht zu besseren Bildungsergebnissen führen. Unser Schulsystem bilde insbesondere für Spätentwickler beste Möglichkeiten.

KTA B. Hansen erklärt, dass Sie für eine Gemeinschaftsschule stimme. Nach den derzeitigen Strukturen ist die Zeit scheinbar jedoch noch nicht überall reif für eine Gemeinschaftsschule. Der Wille und ein gutes Konzept würden fehlen. Aus diesen Gründen ist es in Lütjenburg sinnvoller, die anders strukturierte Regionalschule zu ermöglichen. Dem Beschlussvorschlag würde seitens der FWG-Fraktion zugestimmt.

KTA Leyk betont, dass der gesamte Ablauf rechtzeitig gewesen wäre, auch die SPD-Fraktion habe sich mit dem Themenkomplex beschäftigen können. In zwei Ausschüssen habe man sich seit dem 25.3. mit dem Thema befasst. Die handwerkliche Orientierung einer Regionalschule sei besser gegenüber einer Gemeinschaftsschule. Das Gymnasium in Lütjenburg möchte eigenständig bleiben, so mache eine Gemeinschaftsschule ohne eine gymnasiale Oberstufe dort keinen Sinn. Zwei konkurrierende Schulen in einem Gebäude wären der worst case, den keiner wolle. Viel spreche für eine frühe Entscheidung zu einer Regionalschule. Im Rahmen einer zeitgerechten Entscheidung könne heute eine Entscheidung getroffen werden.

Landrat Dr. Gebel verweist auf einen gerade verteilten Antrag der CDU, der bis auf den Satz mit der organisatorischen Verbindung zu dem Gymnasium identisch mit dem Vorschlag der Verwaltung ist und fragt den Antragsteller, ob es hiermit ausgeschlossen werden solle, dass es an der Schule weiterhin zwei Leiter in den unterschiedlichen Formen gibt und wie dies zu verstehen sei. Auf Befragen hierzu erklärt der Antragsteller, dass er von den gesetzlichen Vorgaben in § 60 Abs. 4 Schulgesetz abweichen wolle.

Auf Befragen des Kreispräsidenten werden die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen und es wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion fasst der Kreistag folgenden **Beschluss**:

Der Kreistag spricht sich dafür aus, im Schulzentrum Lütjenburg die Hauptschule und die Realschule zum Schuljahresbeginn 2009/10 zur Regionalschule zusammenzuführen. Die Schulkonferenzen sind hierzu zu hören.

**Stimmenverhältnis: 26 ja-Stimmen
18 nein-Stimmen**

12. Antrag der UWG-Fraktion:



Verbesserung der finanziellen Situation der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH, Betriebsteil Preetz

KTA Dr. Thies zitiert einen Artikel der Ostholsteiner Zeitung vom 5. April 2008, in dem angesichts der neuen Tarife auf die schlechte finanzielle Situation der Klinik Preetz hingewiesen wird. Die UWG-Fraktion sei darauf gestoßen, dass die Basisfallwerte bei dieser Annahme eine große Rolle spielen. Diese Fallwerte sind im Vergleich zu den anderen Bundesländern in Schleswig-Holstein besonders niedrig. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, sie auf ein höheres Niveau zu bringen und damit auch die Klinik Preetz in eine verbesserte Situation zu führen. KTA Dr. Thies geht weiter auf den vorliegenden Antrag ein und sieht ihn als Signal, dass der zuständige Ausschuss sich mit der Sache befasst.

Landrat Dr. Gebel befindet den Antrag der UWG für in Ordnung und sagt zu, es zu versuchen. Diesem Ziel können alle zustimmen. Er übernimmt es gerne und bringt den Antrag ein. Schleswig-Holstein verdiene einen besseren Basisfallwert, jedoch wären die Krankenkassen erbitterter Gegner. Diese Verhandlungen müssen auf Landesebene geführt werden und er würde zu gegebener Zeit über das Ergebnis berichten.

KTA Maroses merkt aus Sicht der SPD-Fraktion an, dass dieses Thema zwischenzeitlich im Präsidium der Bundespartei angekommen sei, auch die Bundesministerin Schmidt habe dieses beim Ärztetag angesprochen. Es wird sich, so KTA Maroses, etwas in der Sache tun. Dieser Antrag sollte einstimmig hier beschlossen werden.

Auf Antrag der UWG-Fraktion fasst der Kreistag folgenden **Beschluss**:

Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Gesundheits- und Pflegeeinrichtung des Kreises Plön gemeinnützige GmbH - Betriebsteil Klinik Preetz

Hier: Angleichung / Anhebung des Basisfallwertes für Schleswig-Holstein an die Basisfallwerte anderer Bundesländer wie z.B. Berlin oder Rheinland-Pfalz sowie andere Initiativen

I. Der Landrat wird gebeten, in Verhandlungen mit der Landesregierung darauf hinzuwirken, dass die Basisfallwerte für Schleswig-Holstein auf ein deutlich höheres Niveau angehoben werden.

II. Darüber hinaus wird der Landrat gebeten, gegenüber der Landesregierung zu vertreten:

1. Aufhebung der Budget-Deckelung (entsprechend dem "Grundsatz der Beitragsstabilität" nach § 71 SGB V) oder deren Anhebung auf das bundesweit höchste Niveau,

2. Wegfall des Sanierungsbeitrages (0,5% Abschlag vom Rechnungsbetrag: § 8 Abs. 9 KHEntgG), um auch so die Finanzierung der Klinik Preetz zu verbessern.

Es ist anzustreben, dieses Ziel gemeinsam mit den anderen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes zu verfolgen und zu vertreten.

Stimmenverhältnis: 43 ja-Stimmen

1 Enthaltung

13. Haushaltsvollzug 2007; hier: Über- und außerplanmäßige Ausgaben Teil II und Gesamtdarstellung

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Der Kreistag nimmt von den insgesamt im Haushaltsjahr 2007 beantragten und bewilligten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 575.804,85 € und im Vermögenshaushalt in Höhe 70.950,00 € Kenntnis.

Stimmenverhältnis: einstimmig



14. Bericht des Frauenpolitischen Beirates

KTA Bredereck-Mallas kündigt einen Rückblick des Frauenpolitischen Beirats aus Sicht der Grünen an und nennt es einen Skandal, dass zu Beginn der Wahlperiode durch die CDU versucht worden sei, den Beirat zu majorisieren. Aus ihrer Sicht gibt es eine Vielzahl von Schlechterstellungen von Frauen. Sie wünscht sich für die Zukunft einen aktiven Frauenpolitischen Beirat.

Der Kreistag nimmt den schriftlich vorgelegten Arbeitsbericht des Beirats zur Kenntnis.

15. Mitteilungen und Anfragen

Es gibt keine Mitteilungen und Anfragen.

Kreispräsident Kalinka schließt die Sitzung des Kreistages um 20.48 Uhr.

gez. Kalinka
Kreispräsident

gez. Leja
Protokollführer

